

## 69-Jähriger aus BW wegen Politiker-Beleidigung auf Facebook verurteilt

69-Jähriger in Baden-Württemberg wegen Beleidigung von Politikern auf Facebook zu 900 Euro Geldstrafe verurteilt. Urteil vom Amtsgericht Biberach.



NACHRICHTEN AG  
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

### Gerichtsurteil wegen Facebook-Post: Geldstrafe für 69-Jährigen aus Baden-Württemberg

Ein aktuelles Gerichtsurteil hat in Biberach, Baden-Württemberg, für Aufsehen gesorgt: Ein 69-jähriger Mann wurde zu einer Geldstrafe von 900 Euro verurteilt, nachdem er deutsche Politiker auf Facebook beleidigt hatte.

Im März 2023 veröffentlichte der Rentner auf seinem öffentlich zugänglichen Facebook-Profil einen umstrittenen Beitrag, der das Behörden- und Mediensystem hinterfragte. Die Abbildung war an das Plakat des bekannten Mafiafilms „Der Pate“ angelehnt und beschrieb die Politiker als „respektlos“,

„unfähig“, „ehrlos“ und „habgierig“. Sie wurden sogar als „Lügner“ titulierte.

Das Amtsgericht Biberach bewertete die Aktion des Mannes als strafbare Beleidigung und überschreitende Meinungsäußerung. Obwohl die Staatsanwaltschaft eine Strafe von 1.200 Euro gefordert hatte, blieb das Gericht aufgrund der finanziellen Lage des Angeklagten und dessen bisheriger Unbescholtenheit unter dieser Forderung.

## **Bedeutung und Reaktionen**

Die Rolle der Zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI BKA) und deren Zusammenarbeit mit staatlichen und privaten Stellen, wie „REspect!“, wirft Fragen auf. Diese Institutionen, die Hass und Hetze im Internet bekämpfen sollen, werden oft als intransparente Ermittler kritisiert. Es besteht die Sorge, dass durch diese Meldestellen eine Art paralleler Verfassungsschutz entsteht.

Das Bundesinnenministerium erklärte gegenüber Apollo News, dass soziale Netzwerke mit mehr als zwei Millionen registrierten Nutzern in Deutschland seit dem 1. Februar 2022 laut Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verpflichtet sind, rechtswidrige Inhalte dem Bundeskriminalamt (BKA) zu melden.

## **Kontext und Erklärungen**

Der Hintergrund dieser Ereignisse beleuchtet eine wachsende Sorge um die Meinungsfreiheit und den Umgang mit Hassrede im Internet. Freie Meinungsäußerung ist ein Grundrecht, doch dessen Grenzen werden immer wieder neu ausgelotet, besonders im digitalen Raum. Begriffe wie „Beleidigung“ oder „Hassrede“ sind in diesem Kontext wichtig: Eine *Beleidigung* ist eine absichtliche Kränkung der Ehre durch Worte oder Taten, während *Hassrede* oft das Herabwürdigen oder Anstacheln gegen bestimmte Personen oder Gruppen umfasst.

## Prävention durch Politik

Um ähnliche Vorfälle in der Zukunft zu verhindern, sollten politische Maßnahmen sowohl die Meinungsfreiheit schützen als auch klare Richtlinien gegen Hass und Hetze festlegen. Eine ausgewogene Gesetzgebung und ein transparenterer Umgang mit Meldestellen könnten helfen, das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken und Missverständnisse zu vermeiden.

Indem die Regierung in Bildung und Aufklärung investiert, kann sie die Bürger über verantwortungsbewusste Kommunikation im Internet informieren. Zudem könnten Plattformen stärker in die Pflicht genommen werden, um sicherzustellen, dass sie schnell und effektiv gegen eindeutig rechtswidrige Inhalte vorgehen, ohne die freie Meinungsäußerung zu beeinträchtigen.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**